



# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreise** mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
in den Hauptstädten und in den Provinzen monatlich 80 Pf.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 3.—, erscheint tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
**Sprechstunde:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expeditoren:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserten** werden die gespaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. **Belegblätter** 25 Pf. **Interate** müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Vorhand zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 269.

Dresden, Donnerstag den 20. November 1913.

24. Jahrg.

Der Reichsberein der liberalen Arbeiter protestiert gegen die Arbeitswilligen-Forderungen des Industriarats des Hansabundes.

Der Körper des in Riew ermordeten Knaben Zuschützmann soll gefunden werden sein.

Das Jümtliche (Südrubland) wird der Ausbruch der Lungenpest gemeldet. 45 Menschen sind bereits gestorben.

Der Panamakanal wurde von einem kleinen Dampfschiff als erstes Schiff durchfahren.

vielen anderen Vorschlägen für die Arbeiterbewegung auch den einer hohen Rentabilität hätte. Rangelnde Kenntnis der Bankverwaltung führte zu der irrlichen Auffassung, daß durch Gründung einer Gewerkschaftsbank die Gelder der Organisationen notwendigerweise „festgelegt“ werden müssen, wenn sie eine Verzinsung über das von Banken und Sparkassen gewährte Maß hinaus erbringen sollen. In Gewerkschaftskreisen, die sich mit Finanzfragen etwas eingehender befahnten, wird diese Ansicht heute nicht mehr gehagt; es dürfte deshalb die Reform der Vermögensverwaltung in den Gewerkschaften der Lösung in einem etwas schnelleren Tempo entgegengehen. Nicht zuletzt durch das provozierende Verhalten der Deutschen Bank.

getan, daß eine derartige Organisation imstande sein könnte, die in ihr vereinigten Unternehmerinteressen mit denen der Angestellten und Arbeiter irgendwie zusammenzufassen. Tatsächlich haben die Führer des Hansabundes auch eine Ahnung von dieser Wahrheit gehabt, die aus den Klagengegenständen der heutigen Gesellschaft entspringt, sie haben in ihren „Richtlinien“ den Grundsatz aufgeschrieben, daß der Hansabund „nur die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie vertreten will, aber dagegen die Vertretung der sozialpolitischen Sonderinteressen einzelner Gewerkschaften der Unternehmer und Angestellten ihren Sonderverbänden überlassen will“. Die Auffassung dieses schönen Grundsatzes mußte aber notwendigerweise dazu führen, daß sich der Hansabund entweder bei den wichtigsten Entscheidungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens ausschaltet oder daß er mit sich selbst in Widerspruch verfällt.

## Banken und Gewerkschaftsgelder.

Ganz wider ihren Willen fördert die Deutsche Bank eine Reform der Vermögensverwaltung der deutschen Gewerkschaften, die schon seit längerer Zeit Gegenstand mannigfacher Erwägungen war. Nicht wenige unserer Gewerkschaften gehören zu den Kunden der Deutschen Bank, und zwar nicht nur die Zentralstellen der Verbände, sondern auch die lokalen Organisationen; es fließen auf diese Weise den Kassen der Bank Tausende von Millionen an Depositengeldern zu. Kürzlich fuhrten an der Berliner Börse die von uns verzeichneten Gerichte, Arbeiter- und Angestellten-Organisationen hätten der Deutschen Bank Depositengelder wegen der bekannten Verzinsung eines Beamten gekündigt. Von der Deutschen Bank wurden diese Gerichte als halslos bezeichnet; wir deuteten bei der Wiedergabe dieser Demütigung bereits an, daß die Angriffe des Finanzinstituts gegen das Koalitionsrecht der Angestellten doch noch gefährliche Konsequenzen nach sich ziehen könnten.

## Die Kapitalkraft der Arbeiterbewegung.

Zu der Frage der eigenen Bankabteilung für die Arbeiterbewegung wird uns noch von anderer Seite geschrieben: „Man muß sich vergegenwärtigen, welche Kapitalien heute ausschließlich durch die verschiedenen Zweige der Arbeiterbewegung in Umlauf gebracht und teilweise aufgehäuft werden. Der vielbespötelte und geschmähte „Arbeitergroßchen“ ist heute eine Kapitalmacht ersten Ranges und man kann es den Organisationen nicht verdenken, wenn sie diese von Arbeitern zur Verfügung der Kassen des wirtschaftlichen Kampfes ausgebrachten Gelder nicht länger den Großbanken, die doch den Kapitalismus in seiner höchsten Potenz darstellen, als Deposition überlassen wollen. Gerade in den diversen Kapitalfonds der Arbeiterbewegung liegt heute schon eine gewaltige wirtschaftliche Kraft, die durch eine Gewerkschaftsbank wieder im Sinne der Organisationen verwaltet und nutzbar gemacht werden kann. Ein Bild von dem Umlauf der Geldzirkulation bei den deutschen freien Gewerkschaften bietet die nachstehende Zusammenstellung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände der an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Zentralverbände in den Jahren 1908 bis 1911:

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Kassenbestand
	in Millionen Mark	in Millionen Mark	in Millionen Mark	in Millionen Mark	
1908	48,54	42,06	40,94		
1909	50,31	40,26	48,48		
1910	64,87	57,98	52,67		
1911	72,09	60,02	62,11		

Es ist zu berücksichtigen, daß dies nur die Gelder sind, die durch die Kassen der Zentralen gehen. Hierzu kommen noch die Umsätze der lokalen Organisationen. Einen Vorgänger hätte die zu gründende Gewerkschaftsbank bereits in der seit dem Jahre 1909 bestehenden Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Konsumvereine. Ueber die Tätigkeit dieser Abteilung geben folgende Ziffern Aufschluß:

Jahr	Girokonto		Wechseltkonto	
	Debet	Kredit	Eingang	Ausgang
1909	38,13	38,16	5,79	5,58
1910	62,41	63,33	14,17	13,40
1911	99,13	100,00	22,30	21,53
1912	154,54	156,88	31,23	31,11

Das Bankleingeldkonto entwickelte sich wie folgt:

Jahr	Einzahlung		Auszahlung		Bestand
	in Millionen Mark	in Millionen Mark	in Millionen Mark	in Millionen Mark	
1909	6,98	4,38	5,54		
1910	9,21	5,59	9,16		
1911	17,09	7,99	19,17		
1912	20,52	10,97	20,92		

Ein derartiges Bankinstitut hat natürlich eine Gewerkschaftsbank nicht die Aufgabe, diesen Gewinn aufzuheben, da die gewerkschaftliche Spekulation als Geschäftszweig gar nicht in Betracht kommt. Die Hauptaufgabe derartiger Bankinstitute besteht eben lediglich in der Regulierung des Zahlungsverkehrs der einzelnen Organisationen, in Beschaffung sicherer Anlagen und in der Vereinfachung relativ bedeutender flüssiger Mittel für Streiks, Arbeitslosenunterstützung usw. Aus dem oben angeführten Ziffernmateriale geht hervor, welche Rolle heute bereits der „Arbeitergroßchen“ am Geldmarkt spielt. Zum Geschäftsbereich einer Gewerkschaftsbank käme eben noch hinzu die Verwaltung von Parteigeldern sowie von Einlagen anderer Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die ebenfalls nicht gewillt sind, ihre Kapitalien den Großbanken anzuvertrauen, und eben auch die Besorgung der Finanzgeschäfte der Volksfürsorge.

Niemals ist die Unmöglichkeit einer Verbindung zwischen Angestellten- und Arbeiterschichten einerseits und dem herrschenden Unternehmertum andererseits deutlicher in Erscheinung getreten als gegenwärtig, da die kapitalistischen Kreise immer hitziger nach „Schutz der Arbeitswilligen“ drängen. Der sogenannte Industriearat des Hansabundes hat, wie bekannt, Stellung zur Arbeitswilligenfrage genommen und Forderungen aufgestellt, die denen des nationalliberalen Scharfmachertums entsprechen. Es ist kein Wunder, daß die Organisationen von Arbeitern und Angestellten, die einst auf dem Heim der hanjandierischen Harmonieverprechungen gegangen sind, sich nun in heller Empörung gegen den kapitalistischen Kurs des Hansabundes erheben. Wir konnten bereits Mitteilung über den Protest verschiedener Zweigvereine der Bankbeamten und der Festbedienten machen. Jetzt hat sich auch der Reichsberein der liberalen Arbeiter und Angestellten mit dieser Angelegenheit beschäftigt, er erhebt eindringlichen Einspruch gegen die Vorschläge des Industriarats und sieht das Direktorium des Hansabundes an, dem Industriearat nicht Folge zu leisten. Wenn auch der Reichsberein der liberalen Arbeiter nur eine sehr geringe Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands hat — bezüht doch auch seine Begründung lediglich auf vollständiger Vertretung des Klassencharakters unserer Gesellschaft —, so ist sein Vorgehen in der Arbeitswilligenfrage doch von nicht zu unterschätzbarer Bedeutung. Der Reichsberein spricht sich in seiner Protesterklärung wie folgt aus:

Das liberale Bürgerertum ist plötzlich vor eine schwere Entscheidung in der inneren Politik gestellt. Das Direktorium des Hansabundes wird am Montag, 24. November, entscheiden, ob es dem Vorschlage seines Industriarats folgen und die „Arbeitswilligen“ genannte Ausnahmestellung gegen Arbeiter und Angestellte im Namen des Hansabundes fordern will.

Dieser Arbeitswilligenbeschluß ist nicht das, was er zu sein vorgibt. Es handelt sich hier um den demütigen Versuch, erneut wieder den alten Brandfaden des Klassenkampfes zwischen Bürgerertum und Arbeiterschaft zu schneidern. Das Ziel ist nicht der Schutz der Arbeitswilligen, sondern die Neuerrichtung der wandelnden Herrschaft der Scharfmacher und der Großagrarier. Das liberale Bürgerertum hat seinen Anstoß, der schärfsten Reaktion wieder in den Sattel zu helfen.

Der „Arbeitswilligenbeschluß“ ist für die gesunde Fortentwicklung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nutzlos. Sein Streik wird weniger geführt werden. Der soziale Kampf wird nur ein paar hundert Märtyrer jedes Jahr mehr schaffen, wird den Kopf beschneiden, wird den Arbeitern den Lebensnerven auszuschnitten. Außerdem beweisen zahlreiche Gerichtsurteile, daß Vorgehen gegen „Arbeitswillige“ schon heute mit unmäßiger Strenge geahndet werden.

Der Reichsberein der liberalen Arbeiter und Angestellten, dem an der Behauptung der Verhältnisse zwischen Arbeitnehmer und -geber liegt, der seine wesentliche Aufgabe in der Mitwirkung an der Einordnung des bierigen Standes in das Volksganze erblickt, richtet an alle Freunde einer gesunden sozialen Entwicklung unseres Vaterlandes den Warnungsruf: die weiten Kreise des deutschen Bürgerertums sollen sich rühren, sollen die Gefahr erkennen und noch in letzter Stunde ihre Stimme erheben, ehe es zu spät ist. Das Bürgerertum hat die Rollen der früheren Ausnahmestellung bezogen, es hat seinen Anstoß in der Politik und im öffentlichen Leben dadurch verloren. Wir erwarten daher besonders von den fortschrittlichen Mitgliedern des Hansabunddirektoriums die Ablehnung des Arbeitswilligenbeschlusses.

In der Erklärung des Reichsbereins finden sich außerdem Ausführungen über einen angeblichen Rückgang in der Sozialdemokratie, den man nicht wieder mit verfehlten Ausnahmestellungen, in Frage stellen sollte. Wir haben keinen Anstoß, auf derartige Gerüchte einzugehen. Gegenwärtig kommt es nur darauf an, daß auch die zahllosen Arbeitervertreter, die noch immer die Hofe von der Einordnung des bierigen Standes in das Volksganze wiederholen, sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, gegen die eigene Organisation, der sie sich angeschlossen haben, gegen den Hansabund, anzugehen. Sobald der Ernst der wirtschaftlichen Gegensätze sich zeigt, müssen alle phantastischen Gefühlsduseleien verfliegen, müssen auch die „liberalen Arbeiter“, die als ein Sturmböck gegen die freien Gewerkschaften demüt werden sollten, sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen. Dann verhehen alle Illusionen und die Unmöglichkeit der gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter und aller Angestellten wird jedem zu Gemüte geführt.

Es wird sich nun zeigen müssen, ob die Führer des Hansabundes angesichts der Empörung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen den Rückzug antreten werden. Sollten sie auf der Bahn des Arbeitswilligenbeschlusses gemeinsam mit konservativen Agrariern und nationalliberalen Groß-

Man hat sich die Generalkommission der Gewerkschaften mit der Affäre befaßt; sie kam zu dem Beschlusse, mit der Deutschen Bank über gewisse, noch zu formulierende Bedingungen in Verhandlungen zu treten, um Sicherungen für den Schutz des Koalitionsrechts der Angestellten in Zukunft zu erhalten. Als weitere Folge müßte sich bei einer Ablehnung dieser Bedingungen auch ein Abbruch der geschäftlichen Beziehungen ergeben. Wie wir hören, ist bei anderen Großbanken sehr starke Geneigtheit vorhanden, jene Garantie für die Anerkennung des Koalitionsrechts der Angestellten zu geben, die nach den Vorfällen der letzten Zeit von der Deutschen Bank verlangt werden muß. In führenden Gewerkschaftskreisen herrscht die Ansicht vor, daß die Errichtung einer eigenen Genossenschaftsbank mit Verschleimung in Angriff genommen werden müßte, falls mit der Deutschen Bank eine Verständigung nicht zustande käme und auch die anderen Großbanken sich dieser Haltung anschließen.

Der von der Deutschen Bank gemahregelte Angestellte war, wie erinnerlich sein wird, Mitglied des Allgemeinen Bankbeamtenvereins, also einer Organisation, die der Generalkommission deutscher Gewerkschaften nicht angeschlossen ist. Es handelt sich bei dem Vorgehen der Generalkommission nicht um die Wahrung irgend eines Verbandsinteresses, sondern um die Verteidigung des Koalitionsrechts; die Generalkommission entschloß sich zu den dargestellten Schritten ganz ohne Rücksicht darauf, welcher Richtung der Bankbeamte auch angehört.

Allein die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften werden bei den Banken mehr als hundert Millionen Mark Depositengelder unterhalten, sie sind die besten Kunden der Banken, denen sie jahraus jahrein Geld bringen, ohne sie von ihnen Kredite zu beanspruchen. Um diese Kundenschaft werden die Banken, sie haben gewiß keine Lust, um der schönen Augen der Direktoren und der Deutschen Bank willen auf höchst lukrative Geschäftsvorbildungen zu verzichten. Aber in jedem Falle müssen diese Vorgänge zu einer Ausgestaltung der Finanzverwaltung unserer Gewerkschaften führen. Viele und große Fragen drängen in den Gewerkschaften selber eine Lösung zu, manches ist auf dem Gebiete der Finanzverwaltung schon gelöst, doch eine umfassende Neuordnung tut not. Jammert es nicht jede einzelne Gewerkschaft ihre Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und ihre Fonds für sich allein an, sie trägt ihre verfügbaren Gelder, soweit sie nicht in den Gewerkschaftskassen selbst bleiben, mit kurzfristiger Kündigung zu einer Bank; für diejenigen Mittel, die voraussichtlich nicht angegriffen werden brauchen, kauft sie Staatsanleihen und ähnliche Wertpapiere. Schon gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften in der Anlage ihrer Gelder würde zu beträchtlich gesteigerten Zinseinnahmen führen, selbst wenn man zunächst von der Errichtung einer besonderen Zentralverwaltungsstelle absteht. Um die dauernd weiter steigenden Gewerkschaftsgelder mit größtmöglichem Nutzen anzulegen, natürlich unter Bedingungen, die sich aus der Stellung und den Bedürfnissen der Gewerkschaften ergeben, wird je länger je mehr eine Organisation notwendig, die ausschließlich eine bankmäßige Tätigkeit ausüben muß. Soweit sich Fachleute, die sowohl das Bankfach als auch das Gewerkschaftswesen kennen, mit diesen Fragen beschäftigen, kamen sie zu dem Ergebnis, daß die Tätigkeit einer Gewerkschaftsbank neben

## Der Aufruhr im Hansabund.

Der Hansabund hat seit seiner Begründung den Anspruch erhoben, nicht nur die Interessen der „Industrie“ gegen die agrarischen Annahmungen, sondern auch die Interessen aller in Industrie und Handel tätigen Volksschichten vertreten zu wollen. Die Sozialdemokratie hat von vornherein die Ausschließlichkeit dieser Versprechungen aufgeweckt, sie hat die Unmöglichkeit dar-

Bismarck-Bildnisse auf der Höhe der Zeit... (Small vertical text on the left margin)

Der sozialistische... (Small vertical text on the left margin)

industriellen Fortschreiten, so muß der Hansabund von einer Krise ergriffen werden, die die völlige Zerrüttung bedeuten würde.

Von richtiger Erkenntnis zeugen aber auch die Ausführungen der Protestierung über den politischen Sinn der ganzen Arbeiterswilligenbewegung. Man braucht sich in der Tat nur darauf besinnen, wer die Drahtzieher dieses Treibens sind. Die Konservativen unter Verdragsführer haben den ganzen Spektakel eingeleitet und betreiben fähig mit allen Mitteln die Hege gegen den „Terrorismus der Arbeiterorganisationen“.

Statistik.

Die Statistik — für die meisten Menschen ein Wort, bei dem sie ein leichter Schauer überläuft. Wie ein Alptraum der Unübersichtlichkeit und der Länge legt sich die Darstellung von unanschaulichen Zahlenmassen, seitentlang Tabellen auf ihre Seele. Und doch, was wäre die heutige Welt ohne Statistik?

Freilich trägt sich das Mißtrauen gegen die Statistik nicht nur auf ihre Treue und Genauigkeit, sondern auch auf die Möglichkeit und das häufige Vorkommen ihrer misbräuchlichen Anwendung. Mit Zahlen kann man alles beweisen.

Der Aufgabe, dieses Interesse an der Statistik zu erwecken, hat sich Professor Dr. Sigmund Schott vom Mannheimer Statistischen Amt bei Abfassung seines in der Teubnerschen Sammlung „Statistik“ unterzogen. Und man kann dem Verfasser das Zeugnis ausstellen, daß seine viel bewunderte Anregung und geistvolle Darstellungskraft es vermocht hat, dem „trodenen“ Stoff so viel Leben abzugewinnen, als nur möglich war.

Die nächsten vier Abschnitte beschäftigen sich mit der technischen Seite des Problems: der Gewinnung und Ausdeutung des Zahlenstoffes, der Aufmachung der Ergebnisse, ihrer Vereinfachung und ihrer Deutung. Wir lernen hier die verschiedenen Möglichkeiten der Gewinnung des statistischen Materials kennen, die aufzählende, die typische und die repräsentative Methode, ferner die Hebelquellen und die Verbesserung von Rechnern.

Deutsches Reich.

Ein unlösbares Problem.

Man hört jetzt einiges über die Tätigkeit der national-liberalen Kommission, die, unter Vorsitz des Abgeordneten Schiffer, den „Sinn der Arbeiterswilligen“ und alle einschlägigen Fragen „studiert“. Im Anschluß an allerlei Resolutionen, die von national-liberalen Vereinen da und dort ausgearbeitet worden, sagt die national-liberalen Korrespondenz:

In der oben wiedergegebenen Entscheidung der National-liberalen des Reichstages Sachsend ist besonders nachdrücklich hervorgehoben, daß es sich bei der Erörterung des Problems der Arbeiterswilligenbewegung nicht nur um diesen allein handeln soll, sondern um die Frage des Mißbrauchs der Macht der Organisationen überhaupt. Vor allem soll also auch der Umgang, der seitens der Unternehmerverbände auf die Arbeiterseite ausgeübt wird, mit herangezogen werden.

Als die arme Kommission! Sie soll ein unlösbares Problem lösen. Die Schärfer verlangen von ihr Maßregeln gegen den angeblichen Terrorismus der Arbeiter. Aber nun hat man doch nicht den Mut, eine glatte Geleise vorzuschlagen, das sich offen als ein Ausnahmefall gibt, die Sache soll partiell ausfallen, ein wirklich partiell aussehendes Geleise würde aber auch den bei Anträgen, Parteien und anderen Unternehmerorganisationen üblichen Terrorismus treffen, und an etwas Derartigem haben natürlich die Schärfer kein Interesse.

Die Stimme des Volkes.

Als am Dienstag in Kijassenburg der Einzug des Königs von Bayern feierlich bemerkt wurde, hat sich etwas ereignet, das dem neuen Monarchen das Festessen etwas verbittert haben dürfte. Mit Pauken und Trompeten wurde der Einzug eröffnet, alles war da: Polizei, Publikum, Garibanden, Dekorationen, nochmals Polizei, der königliche Wagen, Hüteschwenker und — gerade als der königliche Wagen vorbeifuhr, schreit ein schlächter Mann: „Noch lebe die Republik! Da kommt der König, und wir haben Hunger und nichts zu essen. Aber die kostbarsten Dekorationen sind da!“

Der Mann wurde verhaftet, heißt es im Telegramm, aber mit der Verhaftung ist der Zwischenfall nicht erledigt und der Verhaftete nicht mundtot. Denn er sprach nur aus, was Millionen seiner Klassenossen denken; seine Stimme war die Stimme des Volks, die Stimme derer, die nach Brot und Arbeit verlangen, während rings in den deutschen Ländern die byzantinische Festfeier kein Ende zu finden scheint.

Die Treiber des Flottenvereins.

In der Friedenswarte nimmt sich der Kapitän zur See Perkus einmal den Flottenverein vor, indem er die Art beleuchtet, wie dieser Verein zu arbeiten pflegt. Der Flottenverein hat sich befähigt zur Aufgabe gestellt, im deutschen Volke den Sinn für die Flottenleistungen zu wecken. Gleichzeitig will er den sich immer wieder einstellenden Meinungsunterschieden dadurch die Wege ebnen, Staatssekretär v. Tirpitz hilft sich allerdings im Reichstag immer damit, daß er jede Gemeinschaft mit dem Flottenverein bestreitet. Demgegenüber ist es aber immerhin auffallend, daß an der Spitze des Flottenvereins der Großadmiral v. Rößler steht und daß der Leiter des Pressevereins der Admiral Weber ist, der im Jahre 1906 direkt aus Verwendungen des Staatssekretärs diesen Posten beim Flottenverein erhielt.

Die Verbindung zwischen dem Reichsmarineamt und dem Flottenverein ist, wie sich schon aus der Stellung dieser Personen ergibt, eine sehr enge. Der Flottenverein klagt gegenwärtig darüber, daß die deutsche Flotte ihrer Aufgabe nicht genüge, vielmehr dringend einer Verärgerung bedürfe. Dabei ist die deutsche Flotte nächst der englischen die stärkste. Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika, Oesterreich, Italien und Rußland haben zusammen vierzehn Dreadnoughts, während Deutschland über siebenzehn derartige Schiffe verfügt. Daß Deutschland den Engländern den Rang nicht abhandeln kann, ist eine Tatsache, die von einseitigen Leuten nicht mehr bestritten wird. Genau so hat Deutschland auch die größte Kreuzergaflotte nach England. Kapitän Perkus weist dann auf den Widerspruch in der Begründung der Flottenvorlage hin. Zuerst hieß es, unsere Flotte müsse unsere Handelsflotte in unseren Kolonien zu schützen imstande sein. Heute steht man bereits auf dem Standpunkt, daß man eine Flotte haben müsse, so groß, daß wir es mit allen möglichen Kombinationen aufnehmen können. Der Flottenverein betrachtet es als seine Aufgabe, einer solchen maßlosen Vorlage die Wege zu ebnen. Auch über die inneren Verhältnisse im Flottenverein gibt Kapitän Perkus ganz interessante Aufschlüsse. Der Flottenverein spekuliert vornehmlich auf die Eitelkeit des lieben Publikums, weshalb er Ehren-diplome verschleudert, die als Orden auf der Brust getragen werden; daneben werden geboten Lichtbilder, Konzerte. Der Verkauf von Postkarten, Kalendern und Abzeichen ist in ein sehr fruchtbares Ertragsfeld gebracht. Für die Lehrer, denen die Aufgabe zugewiesen wird, die Jugend zu beeinflussen, werden kostenlose Sommerfahrten zur Wasserfront arrangiert. Gewaltige Scharen von Schülern schafft der Verein alljährlich nach den Kriegsschiffen Kiel und Wilhelmshaven, wo sie in den Matrosenlagern einquartiert werden; die Besuche sind unabhängig mit Artikeln und Notizen gestattet, die ohne Quellenangabe abgedruckt werden dürfen. Der Flottenverein hat jetzt 322.000 Mitglieder, die sich auf 3786 Ortsgruppen verteilen. Das Betriebsorgan Die Flotte erscheint monatlich in 300.000 Exemplaren. Das Einkommen des Vereins betrug im vergangenen Jahre rund 445.000 M.; das Vermögensvermögen beträgt etwa eine halbe Million.

daß die Rüstungsindustrie ein großes Interesse an dieser Tätigkeit des Flottenvereins hat, fallen ihr doch dadurch wiederum enorme Aufträge zu. Wie der Flottenverein an General Heim steht. Die ganze Öffentlichkeit wird durch diese Vereine in einem bestimmten Sinne zu beeinflussten gelang bestimmt. Und auch dem Flottenverein wird die Rüstungsindustrie im patriotischen Vorzeichen werden von beiden Ver-nahmen des gewaltigen Agitationsapparates auch propagiert. So arbeiten sich Flottenverein, Flottenverein, Rüstungsindustrie und Regierung gegenseitig in die Hand zum Schaden der großen Masse des deutschen Volkes.

Sozialdemokratie und Austrittsbewegung.

Den Frommen im Lande genügt es nicht, die Polizei zum Kampf gegen die Austrittsbewegung aufzurufen, sie beschließen sogar von der Sozialdemokratie Unterstützung, der sie erbiten wollen, sie sei auf Grund ihres Programms verpflichtet, den Parteigenossen die Propaganda für den Austritt zu verbieten. In diesem Sinn oder Unsinne schreibt Derlet in der Deutschen Tageszeitung:

Es ist uns unverständlich, wie Sozialdemokraten, die auf dem Boden der Parteifugungen stehen, es fertig bringen, den Austritt aus der Parteifugung als Parteiforderung zu behandeln und zu betreiben. Wenn die Religion wirklich verabschiedet sein soll, so verständigt sich jeder Genosse gegen die Partei, die der Religion und ihre äußeren Einrichtungen beschwört. Wir haben in letzter Zeit gehört, daß führende Genossen es ausdrücklich als Zweck bezeichnen, wenn ein überzeugter Sozialdemokrat der Parteifugung noch angehört, daß die Partei noch dahin kommen müsse, den Austritt zur Pflicht zu machen. Wenn solche Verkündigungen laut werden, ohne daß ihnen von Partei wegen die Rüge folgt, so dürfen sich die Herren Genossen nicht wundern, wenn man ihnen nachfragt, daß der Satz von der Religion als Privatangelegenheit zur Aufhebung, zum Dauersatz bestimmt ist.

Der führende Genosse, auf den sich die Deutsche Tageszeitung bezieht, ist offenbar ein gewisser Herr Lehme, der der Partei nicht angehört und der in einem nichtsozialdemokratischen Blatt einen Artikel in dem von der D. T. gekennzeichneten Sinne geschrieben hat. Hätte aber wirklich ein Parteigenosse verlangt, die Partei solle den Austritt zur Pflicht machen, so hätte er damit eine Programmänderung verlangt, über die man diskutieren oder auch nicht diskutieren kann, je nach der Bedeutung, die man ihr beilegt — ihn zu „rügen“ läge keine Veranlassung vor, da, trotz Herrn Derlet, in der Partei noch immer die weiteste Meinungsfreiheit besteht. Nach dem gegenwärtig geltenden Programm aber hat, wie schon unzählige Male auseinandergesetzt worden ist, die Partei ihren Mitgliedern auf religiösem Gebiete nichts zu erlauben und nichts zu verbieten.

Kotowicz in Berlin.

Als der russische Premier und Finanzminister Kotowicz am Anfang dieses Monats in Paris eintraf, schrieb die Deutsche Tageszeitung, anknüpfend an die Großsprecher der Pariser offiziellen Presse, die dem Besuche Kotowicz als möglichen hochpolitischen Zweck zuschrieb:

Und scheint für die letzte wochenlange Abwesenheit des Herrn Kotowicz von Petersburg eine viel einfachere Erklärung gegeben. Während des Rittowicz-Prozesses ist kein Platz für Herrn Kotowicz in Rußland. Herr Kotowicz hat das Land einige Tage vor Beginn der Gerichtsverhandlung verlassen und wird nach Ablauf des Prozesses die Heimfahrt antreten. Er ist der persönlichen Wille aus dem Wege gegangen und pendelt insofern im Ausland umher. Er will in Petersburg weder nach rechts noch nach links, weder nach oben noch nach unten irgendwelche Verantwortlichkeit für diesen Prozeß und dessen Folgen auf sich nehmen.

Es mag dahingestellt bleiben, wie weit die Behauptung des liberalen Blattes, die übrigens in Rußland starke Beachtung fand, den Tatsachen entspricht. Wir jedenfalls trauen dem langjährigen Geschäftsführer des Blattes kein solches Schamgefühl zu. Bezeichnend ist hier aber vor allem die beherrschende Art, die das liberale Blatt an die Person des Premier der russischen Politik anknüpft. Es war zur Zeit des Rittowicz-Rittowicz-Prozesses, wo unsere liberale Presse plötzlich lebend wurde und nicht mehr schamhaft die Barbarei des offiziellen Rußlands mit dem Mantel der christlichen Liebe zudeckte.

Und nun, wenige Tage nach dem Rittowicz-Prozeß? Wie auf Kommando hat sich zum Besuch des Herrn Kotowicz in Berlin die Szene geändert. Wir sehen von der bedeutendsten Speichellekerei der Presse vom Schloß des Kaiserhofes ab, nach dessen Worten es Kotowicz „genau talet, großangelegter Politikt vorbereiten war, das Jarreich auf die Höhen nie dagewesenen Finanzstellen und wirtschaftlichen Aufschwunges hinaufzuführen“. Aber auch die liberale Presse mag nur überflüssig daran zu erinnern, daß in den optimistischen Stimmungsbildern des russischen Ministers einiges nicht stimmen dürfte. Woher diese Zurückhaltung, die so gar nicht mit der nach kürzlich geäußerten harten Kritik an der russischen Regierungsbarderei übereinstimmt? Ob, auch das hat seine gewichtigen Gründe. Herr Kotowicz sondiert nach seinem ziemlich mageren Erfolg bei den Pariser Geldgebern den Berliner Geldmarkt, vor allem aber unterhandelt er mit der deutschen Regierung über die armenische Frage, die von dem deutschen Imperialisismus ebenso als Sprungbrett benutzt wird wie vor den Bolshewiker Beratungen die persische Frage. Ueber alle diese Dinge wird noch eingehend gesprochen werden müssen, zunächst mit dem äußerlichen Bild, als Beitrag zur Charakteristik der dresdener Presse, die heute „Kreuzzeitung“ ruft und morgen „Volkswacht“! Was halt das Geschäft verlangt.

Der Kampf um die Stille in Bayern.

Der Ministerpräsident v. Hertling ist über Nacht sehr heilig geworden. Er ist ganz Gemüt und Nummer. Er ruft das allgemeine menschliche Mißbehagen an. Herr v. Hertling hatte erlassen, daß die Bemühung der Stille doch nicht ganz ohne Schwierigkeiten von staten geht. Als in der ersten Stunde die Abstimmung im Finanzministerium erfolgte, stellte es sich heraus, daß hier keine Zweidrittelmehrheit erzielt wurde. Das beweist zwar nicht für die endliche Zustimmung im Ministerrat, aber es ist ein Stimmungsgeschehen. Nur das Zentrum stimmte gegen die Stille. Die Liberalen waren gespalten. Zwei Mitglieder, die Herren Cassmann und Comarow, stimmten für die Stille; der letztere aber heftete sich ausdrücklich die empfindliche Abstimmung vor. Die andere liberale Richtung vertrat Herr Rittowicz, der nur 600.000 M. bewilligen wollte und sich deshalb der

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Entscheidend ist die Frage, ob die... (text continues)

Das Zentrum schied seinen radikalen Demagogen... (text continues)

Der liberale Casselmann begründete seine persönliche... (text continues)

Genosse Haller gibt dann, unbeschadet der... (text continues)

Der Finanzminister weist auf die Erhöhung der... (text continues)

Ein Tango-Dementi.

Die Nachricht, daß den Offizieren das Tango-Tanzen... (text continues)

Das amtliche Dementi hatte nur insofern seine... (text continues)

Das Schieberverbot ist also ergangen, wenn auch... (text continues)

Neue politische Nachrichten. Einigen der Meldung... (text continues)

Ausland.

Frankreich.

Der Wahlerformwurf.

Paris, 19. November. Der von der Kammer angenommene... (text continues)

Russland.

Die Rechtsprekognition und ihre Fehler.

Ueber zwei Dinge darf kurzzeitig in der russischen... (text continues)

1. Sind dem Minister des Innern und der Justiz die... (text continues)

2. Welche Maßregeln gedenken die Minister zu ergreifen... (text continues)

Nach der Einbringung dieser Interpellation, die geeignet... (text continues)

Die Antwort darauf wird den Gehören des Justizmordes... (text continues)

Amerika.

Die Lage in Mexiko.

Washington, 19. November. Der Oberst Pasqueira, der... (text continues)

Mexiko, 19. November. Der Berichterstatter der Times... (text continues)

Aus aller Welt.

Vom Schicksal der Arbeit.

München (Müdr), 19. November. Auf der Judo-Friedrich... (text continues)

Mittelschwere Krankheiten.

Gourges, 19. November. Seit einiger Zeit sind hier viele... (text continues)

Den ganzen Panamakanal durchfahren.

Neunor, 19. November. Der Korrespondent der Neunorfer... (text continues)

Der wahre Mörder im Newer Kriminalmordverbrechen?

Odesa, 19. November. Aus guter Quelle meldet man, daß... (text continues)

Lezte lokale Nachrichten.

Die Luftschiffahrt auf dem südlichen Flugplatz... (text continues)

Wiederbesuch, erhielt heute mittag unsere Redaktion... (text continues)

Wetterbericht von der Wetterstation an der Friedrich-Rugel-Brücke... (text continues)

Barometer 760. Schön Wetter. Thermometer + 8° K. (text continues)

Wasserspiegel der sächsischen Landeswetterwarte... (text continues)

Wasserspiegel der Elbe bei Dresden: Hohenstein - 12... (text continues)

Wasserspiegel der Elbe bei Dresden: Hohenstein - 12... (text continues)

Letzte Telegramme.

Schwedens Erklärungen.

Berlin, 19. November. Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Der russische Ministerpräsident... (text continues)

Das heutige Blatt umfasst 14 Seiten.

Vereinigung für Volksbildung u. Kunstpflege

Dienstag den 25. November 1913, abends 8 1/2 Uhr im Volkswohl-Saal, Oststr.-Allee

Volksstümlicher Kunst-Abend

Gesang, Rezitation, Kammermusik (Streichquartett und Harfe). Mitwirkende: Lydia Burger, Klara Schubert, Artur Wehnert, Hans Morgenstern, Siegfried Grosse, Arno Starck, Dr. Otto Gross.

Oberpfefferwitz u. Umgegend

Sonnabend den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof Oberpfefferwitz

Öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die Stellung der Arbeiterschaft zur Kirche. Ref.: Genosse Karl Gese, Deuben. 2. Freie Aussprache.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Ordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Vereins im 6. Kreis. 2. Bericht über die Tätigkeit des Vereins im 6. Kreis.

Bezirk Gitterlee, Colchütz, Burgh, Zschiedge, Kl.-Maundorf

Sonnabend den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Rehböschung in Gitterlee: Mitgliederversammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Klassenkampf und Endziel.

Bezirk Deuben.

Sonnabend den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im Sächsischen Wolf in Deuben Mitgliederversammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Redakteur Sachs, Dresden.

Bezirk Rabenau u. Umg.

Sonnabend den 22. November, abends 8 Uhr, im Restaurant König-Albert-Gäbe, Rabenau, Mitgliederversammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Siedermann über: Geschichtsfälschung von 1813.

Turnverein Poissental, Niederhäslich

Sonntag den 23. November (Totensonntag)

Theaterabend

Eintritt 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Karten im Vorverkauf 35 Pf., an der Kasse 40 Pf.

Dr. Schäfers „Sonnol“

Ideal-Familien-Getränk, stärkt Körper und Nerven. 1 Flasche 1.- M.

Zahnersatz :: zu mäßigem Preis u. leichter Zahnplomben :: Zahlung empfiehlt ::

Dentist Max Flach, Amalienstr. 3, II. Et. neben dem Kaiserpalast.

Dramat. Abteilung des M.-G.-V. Frisch auf, Leutewitz u. U.

Sonntag den 28. November 1913 (Totensonntag) im Gasthof Bräunitz

Theater-Abend

Der Goldbauer. Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Welfenhufe u. Umg.

Sonnabend den 22. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof zu Welfenhufe

Vortrag

Menichenkenntnis und individuelle Heilkunde. Vortrager: Herr Dr. med. phil. Dr. phil. Dr. phil. Dr. phil. Dr. phil.

Sarrasani-Theater

Täglich 8 30, Sonn- und Feiertags 4 und 8 30 Uhr. Das beste Varieté-Programm, das je auf einer Spezialitätenbühne gezeigt wurde

Das Tagesgespräch Dresdens! EMIR

Das Wunder-Pferd von Luigi Rosai. EMIREMIR spielt verschiedene Instrumente, bläst das Horn, lächelt und lacht, ist ein Verwandlungskünstler

Gottlieb Reock Adolf Hartley einer der besten deutschen Humoristen Der brillante Komiker

und 11 Attraktionen

Trocadero Ab 11 Uhr abends: Die neuen Gesangs- u. Tanzkräfte. Tonne Komiker Lindau u. kleine Pips Kapelle

Altpolstern sowie Neuanfertigen von Sofas und Matratzen, gut u. bill. Banhoffstr. 17.

Rest. Umfelgrund Welfenhufe

Sonntag (28. Novbr.) findet unter Abendessen statt, möge werter Freunde und Gönner erbeten einladen

Tanzlehr-Institut

E. Pausse, Feldgasse 2, 5 Minuten vom Hauptbahnhof. Jeden Sonntag 2 Uhr Kontor.

Hygienische Frauen-Artikel

Gewinnwaren, Menstruationspulver, Franchies, Mutterspritzen usw. Auskunft gratis, 10 Gros, Markt.

E. Piezsch, Hemmingstr. 2

Buppenwagen

Alte Buppenwagen, fest als billige, leicht zu fahre, da kein Rad, Längengasse 8, p. in der Nähe v. Wölfling, u. im 1. Stock, größte Auswahl dieser Prunkf.

Central-Theater

Nur noch bis 27. November Costantino

Bernardi.

Das neue Varieté-Programm: Vory, Peterson, Pauly, Royal Boys, Francois und Partner, La Sylpho. Anfang 8 Uhr.

Die Welt in Waffen

Unter diesem Titel erscheint ein neues Lieferungsmerk unseres Berliner Partei-Verlages. Näheres sagt ein Prospekt, der morgen unserer Zeitung beiliegt.

Achtung!

Dresdner Theater

Table listing theater programs and cast members for various venues including Königlich Opernhaus, Albert-Theater, and Königl. Schauspielhaus.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-K. - Verantwortlich für den Inzeratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Königsh. - Druck von Raden u. Komp., Dresden.

# Bürger, Einwohner! Besucht zahlreich die Stadtverordnetenwahl-Versammlungen am 20., 22., 24. und 25. November.

## Die Stadtverordneten-Wahl findet am 26. und 27. November statt.

### Man agitiere für starke Wahlbeteiligung.

#### Sächsische Angelegenheiten.

##### Kerzte und Krankenkassen in Sachsen.

Bei den Vorbereitungen zur Neuordnung der Krankenkassenverhältnisse ist es auch in Sachsen bereits zu einer Reihe von Konflikten zwischen den Parteien gekommen. Die Kerzte bewegen überall den Abschluss von Verträgen, wobei sich die Kerzen nach Erfolge umsehen, um ihre Mitglieder nach dem 1. Januar 1914 mit Arztbesuchen versehen zu können. Die Kerzen sind die Kräfte, die die Kerzenorganisationen in der Neuordnung der Kerzen. Kerzen sind die Kräfte, die die Kerzenorganisationen in der Neuordnung der Kerzen. Kerzen sind die Kräfte, die die Kerzenorganisationen in der Neuordnung der Kerzen.

##### Ein nationalliberal-fortschrittliches Wahlabkommen.

Dem Leipziger Blatte wird folgendes geschrieben: „Wir haben vor einiger Zeit bereits über ein beabsichtigtes Zusammengehen zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittlichen berichtet. Die Verhandlungen über ein solches Wahlabkommen sind nunmehr in Dresden im Gange. Die Verhandlungen über ein solches Wahlabkommen sind nunmehr in Dresden im Gange. Die Verhandlungen über ein solches Wahlabkommen sind nunmehr in Dresden im Gange.“

##### Vergeltlicher Heberseifer.

Wegen angeblicher Verletzung des Luftverkehrs-Regulatives der Amtshauptmannschaft Riesa hatte der Vorsitzende V. der Riesaer Arbeitervereine über 30 M. erhalten. Wegen angeblicher Verletzung des Luftverkehrs-Regulatives der Amtshauptmannschaft Riesa hatte der Vorsitzende V. der Riesaer Arbeitervereine über 30 M. erhalten.

tung war keine Rede! Das Schöffengericht gelangte deshalb zur Aufhebung des Strafurteils und zur Freisprechung des Beschuldigten V.

Auch die Berufungsinstanz konnte nicht anders, als sich den Feststellungen des Schöffengerichts und dessen Urteil anzuschließen; es verwarf unter Auflegung der (nicht unbedeutlichen) Kosten auf den Vater Staat die amtsanwaltschaftliche Berufung. In der Urteilsbegründung wurde u. a. gesagt, daß die Vermutung des Genarmen, daß der von der Justiz angeordnete Elternabend eine öffentliche Veranstaltung gewesen, ohne Beweis geblieben sei.

##### Zehn Jahre Steuererträge.

Zu den wichtigsten Steuern gehören in Sachsen die Einkommensteuer, die Grundsteuer und die Vermögenssteuer. Im Staatshaushalts-Etat für 1914/15 ist ihr Ertrag auf 74 370 000 M. veranschlagt. Ihr wirklicher Ertrag stellte sich im Jahre 1912 auf 67 655 927 M., das sind fast genau 7 Millionen Mark mehr als 1910.

##### Ueber die Steigerung des Einkommens im letzten Jahrzehnt seien folgende Angaben gemacht.

1903:	2 326 412 852 M.
1905:	2 433 797 456 .
1907:	2 647 165 562 .
1909:	2 913 226 863 .
1911:	3 181 141 084 .
1913:	3 537 631 310 .

Somit ist das Einkommen in Sachsen in den letzten zehn Jahren um mehr als 1200 Millionen Mark gestiegen. Hierin entfällt die größte Steigerung mit 356 Millionen Mark auf den letzten zweijährigen Zeitraum 1911/13. Der Steuerertrag betrug 1902 43 818 649 M. Im Jahre 1912 bezifferte er sich, wie schon oben erwähnt, auf 67 655 927 M.

Die Grundsteuer ist nicht in der gleichen Weise gestiegen. Im Staatshaushalts-Etat 1914/15 ist ihr Ertrag auf 5 161 000 M. veranschlagt. Der M-Ertrag belief sich 1912 auf 5 005 150 M. Vor zehn Jahren, 1902, betrug die Grundsteuer 4 178 900 M. Die Steigerung betrug also 20 Prozent.

Der Ertrag der Ergänzungssteuer ist für 1914/15 auf 5 283 000 M. veranschlagt. Sie betrug 1912 4 953 533 M. Das der Ergänzungssteuer unterworfenen Vermögen war 1904, im ersten Steuerjahr, auf 8 166 788 000 M. geschätzt, dagegen 1913 auf 10 830 051 800 M. Es liegt somit das ergänzungssteuerpflichtige Vermögen in dem neunjährigen Zeitraum von 1904 bis 1913 um 2 663 000 000 M. oder um fast 33 Proz. Daraus kann man den Schluss ziehen, daß es den Kapitalisten in diesen zehn Jahren sehr gut gegangen ist.

Gröba. Die konservative Jeremiade über die Aufnahme einer Anleihe von 300 000 M. bei der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zum Zwecke der Beschleunigung der in der Gemeinde Gröba gab dem Gemeinderat in seiner letzten öffentlichen Sitzung Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen. Es wird uns hierzu folgendes geschrieben:

Der Gemeinderat beschäftigt sich schon seit mehr als einem Jahrzehnt mit der Beschleunigung im alten Ortsteil. Durch die Verhältnisse gedrängt, mußte die Sache nunmehr ihre Erledigung finden. Daß der Bau zusammenfällt mit den schlechten Verhältnissen, daran trägt der Gemeinderat in Gröba nicht die Schuld. Der Finanzausschuß sowie das Kollegium hat sich die denkbarste Mühe gegeben, Geld zu bekommen. Die bisherigen Geldgeber antworteten mit einer Vertagung auf bessere Zeiten, andere Institute antworteten überhaupt nicht. Es lag also die Befürchtung nahe, daß unter den gegebenen Verhältnissen Geld überhaupt nicht zu bekommen sei. Es sei denn, daß die Gemeinde einem Institut in die Arme fiel, dessen Verzinsung und Tilgung nebst allem sonstigen drum und dran über alle Kräfte hoch war. Ein derartiges Angebot lag auch aus einem entfernten Orte vor. Unsere Genossen kamen den bürgerlichen Vertretern dadurch zu Hilfe, daß sie beantragten, eine Anfrage an die G.-E.-G. in Hamburg zu richten. Und spöttlich bemerkte der Antragsteller hierbei, daß das Geld den Kollkoller wohl nicht bekommen werde. Die bürgerliche Mehrheit brach darüber in allgemeine Heiterkeit aus und stimmte dem Antrage einstimmig zu. Die Antwort war eine entgegenkommende. Der Finanzausschuß stimmte denn auch dem Angebot der G.-E.-G. zu. Ein in der ersten Sitzung nicht anwesender bürgerlicher Vertreter äußerte sich bei der Beratung dahin, daß „man sich eigentlich nicht so moralisch an die hiesigen Firmen binden sollte“. Allein einen Ausweg aus der schwierigen Sache vermochte er nicht zu geben. Schließlich erfolgte im Plenum einstimmige Annahme der Anleihe. Wenn in dem konservativen Blatte gesagt wird, daß die Anleihe erst in 30 Jahren zurückgezahlt sein wird, so ist das nicht richtig. Sie wird bereits in 20 Jahren abgezahlt sein.

Auf Antrag unserer Genossen mußte sich der Gemeinderat erneut mit der „sozialdemokratischen Anleihe“, wie in der Oberergergöbischen Zeitung zu lesen war, beschäftigen. Der Kollkoller war zeitig genug eingetreten. Der Gemeinderat gab in der öffentlichen Sitzung seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Groß-Einkaufs-Gesellschaft ohne Schwierigkeiten der Gemeinde entgegenkommen war. Unsere Genossen beantragten, dem Verbreiter der Nachricht eine tatsächliche Richtigstellung zuzufügen. Diefem Antrage trat das Kollegium einstimmig bei. Der Gemeinderat gab bei dieser Gelegenheit zum Besten, daß nicht weniger als 30 Ge-

meinden mit demselben Ansinnen an die Groß-Einkaufsgesellschaft herangetreten sind.

Tatsächlich tragen also die miffligen Geldverhältnisse die Schuld an dem Vorfall. Wenn das Anerbieten des angebotenen Privatinkassos abgelehnt wurde, so kam vor allen Dingen die Finanzlage der Gemeinde in Frage, die gebietet, haushälterisch mit den Geldern umzugehen. Die Konservativen scheinen an geregelten Verhältnissen kein Interesse zu haben. Der Fall verdient also registriert zu werden.

Mauschau. Die hiesige Amtshauptmannschaft wies die ihr unterstellten Gemeinden an, für den nahenden Winter dafür zu sorgen, daß Roststandsarbeiten bereit gestellt werden für arbeitslose Einwohner, um die Arbeitslosigkeit möglichst einzuschränken.

Riesa. Bei der Vertreterwahl zu den Ausschüssen der im Bereich des Gewerkschaftsbezirks liegenden Krankenkassen, die in den letzten Tagen stattfanden, floßen die freien Gewerkschaften auf der ganzen Linie. Als Gegner kamen in allen drei in Frage kommenden Orten die Geleßen in Betracht. Nur in Riesa kämpften auf gegnerischer Seite die Militärwerkstättenarbeiter mit den Geleßen. Das Resultat ist folgendes: Allgemeine Ortskrankenkasse Riesa: Liste des Kartells 33, Gelbe 5, Reparaturarbeiter 2; Allgemeine Ortskrankenkasse im Bezirk der Amtshauptmannschaft Gröbchen, Gelbe 5, Liste des Kartells 25, Gelbe 5. Allgemeine Ortskrankenkasse Ströba: Liste des Kartells 25, Gelbe 5. Im Bezirk der Amtshauptmannschaft Gröbchen ist noch eine Landkrankenkasse mit dem Sitz in Gröba zugelassen worden, der aber schon von vornherein nicht viel zugetraut wird. Die Amtshauptmannschaft läßt mit dem Einverständnis des Gröbaer Kassenvorstandes die Kasse gleich durch diese mit verwalten. Unsere Genossen haben zwar in den Gemeinderäten, namentlich in Gröba, gegen die Gründung opponiert, allein die Amtshauptmannschaft, unterstützt durch die Landwirtschaft, hat trotzdem die Kasse beschloffen.

Mittweida. Der städtische Seefischverkauf hat sich glänzend bewährt. Bei den bisherigen hundert Verkäufen sind insgesamt 123 450 Pfund Seefische abgesetzt worden. Es gelangten stets fünf bis acht Sorten Fische zu einem Einheitspreis zum Verkauf, der sich im Durchschnitt auf 15 Pf. pro Pfund stellte.

Keine Nachrichten aus dem Lande. In Gröbchen bei Köditz wurde die 16-jährige Tochter des Gutbesizers Neumann von einem Fohlen herab an den Kopf geschlagen, daß sie einen schweren Schädelbruch erlitt. Man brachte sie ins Köditzer Krankenhaus. — Der Fabrikant Karl König, Wirtshaber der Firma Kühner u. Wachtel in Annaberg, hat sich in einem Anfälle geistiger Ummachtung aus dem Fenster seiner Privatwohnung gehängt und war sofort tot. — Auf der Schmalpforte in Schönfeld-Bliesau-Bühlsdorf entgleiste kurz nach Verlassen der ersten Station der letzte Personenwagen auf sehr abfallendem Gelände. Dem Zuführer gelang es aber, den Zug zum Halten zu bringen, ehe der Wagen umstürzte. Verloren sind nicht verletzt worden. Da aber die Schienen auf 200 bis 300 Meter ausgerissen worden sind, mußte die Linie gesperrt werden. — Ein schwerer Unfall hat sich vor einiger Zeit in der Schule zu Halheim ereignet. Derselbst rannten zwei größere Knaben mit den Köpfen mit solcher Wucht zusammen, daß beide schwere Verletzungen erlitten. Bei dem einen entwickelte sich Hirnbluterguß, und er starb nach hingenommenem Schrecken, während der andere noch schwerkrank davor liegt. — Die Frau des Ortsdieners Wilschke in Schönau a. d. Eigen glitt beim Wäscheputzen an der Schürthele der Pflanzung aus, stürzte in das dort sehr tiefe Wasser und ertrank. — Dienstag nachmittags legte bei Harten Sturm auf dem Gebirgsstamm in der Reichenhainer Gegend ein heftiges Schneegestöber ein. Der erste Nachfroß hat sich bereits seit einigen Tagen hier eingestellt.

#### Stadt-Chronik.

##### Sozialdemokratische Gemeindepolitik in Dresden.

Unter diesem Titel ist soeben in unserer Parteizeitung eine 124 Seiten starke Schrift erschienen, in der die Dresdner Gemeindepolitik der letzten vier Jahre erörtert wird. Es ist das zweite Heft von Verhandlungen, die von Zeit zu Zeit herausgegeben werden sollen; das erste erschien vor vier Jahren und wurde von der Parteipresse sehr günstig besprochen. Das zweite Heft der Gemeindepolitik wird immer wichtiger und interessanter für die breiten Massen des Volkes. Sie hat mit dem Forderung: von Sozialdemokraten in die Gemeindeparlamente der großen Städte eine starke Veränderung in der Richtung erfahren. Eine Menge wichtiger Fragen, besonders auf sozialem Gebiet, an die man überhaupt nicht dachte, solange die Bürgerlichen unter sich waren, wurde von unseren Genossen aufgerollt und stehen seitdem ununterbrochen auf der kommunalpolitischen Tagesordnung.

Schriften, wie die vorliegende, sollen dem Zwecke dienen, die weitere Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, wie sich die Parteien zu den einzelnen Fragen stellen. Sie geben ein gutes Spiegelbild dieser Tätigkeit und versehen den Leser in die Lage, sich ein klares Bild über die Haltung der Parteien und Gruppen zu bilden und danach bei Gemeindevahlen zu entscheiden. Sie sind aber für unsere Genossen, die in Gemeinderäten tätig sind, besonders wichtig, weil gegenseitige Anregung und Information von ihnen ausgehen kann. Solche Darstellungen geben also Auskunft über die Wirksamkeit der Gemeindevertreter in allen wichtigen Einzelfällen, dienen zugleich der Belehrung, bilden einen Maßstab für die Entwicklung der Gemeindepolitik und lassen die für den Fortschritt wirksamen Faktoren klar erkennen. Diese Eigenschaften machen derartige Monographien überdies zu einem wirksamen Agitationsmittel für die Ziele und Bestrebungen der Sozialdemokratie auf gemeindepolitischen Gebiet.

In diesem Sinne ist auch Heft 2 der „Sozialdemokratischen Gemeindepolitik in Dresden“ ausgestattet. Es gibt über alle wichtigsten Vorkommnisse des kommunalen Lebens Dresdens, soweit es sich auf dem Rathaus abspielt, eine Heberheft. Man erfährt, wie die energische und unabhängige Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter gewisse Erfolge erringt und vorwärts zu ireichen imstande ist — trotz schrankenloser, ungerichteter Wahlströme! Wenn die sozialdemokratischen Rathausfraktionen nicht so „passiv“ wirken können, wie sie es selbst wünschen, weil sie eben zur Reinen Widerheit verurteilt sind, so tut doch die fortwährende Kritik mit der Zeit ihre

Richtung, wenn sie von der nötigen Sachkenntnis getragen wird. —

Die Schrift kommt gerade noch zurecht, um für die bevorstehenden Stadtvorordneten wahlen zu wirken.

Der Stoff ist sehr vielfältig, seine Behandlung gewährt einen ziemlich genauen Einblick in die Verhältnisse der Dresdner Gemeindepolitik.

An Aktualität dürfte die Schrift auch noch dadurch gewinnen, daß wir in Sachsen eben vor einer wichtigen Agitation der Sozialdemokratie für die Erhaltung guter Gemeindevoraussetzungen stehen.

Die „Verteilung“ der Mandate.

Der Obmann der bürgerlichen Wählervereine für die Abteilung D (Gewerbliche) teilt der bürgerlichen Presse die Namen der Kandidaten des reaktionären Wählervereins mit.

Das ist der richtige Ausdruck: „Verteilung“ werden die Mandate, denn von einer wirklichen Wahl kann unter dem erbärmlichen Verfassungsverfahren nicht die Rede sein.

Den Wählern der II. Klasse der D-Abteilung zur Stadtvorordnetenwahl wird vom Innungsamt als am häufigsten Kandidat Herr Stempnermeister Otto Gahner zur Wahl empfohlen.

Wir legen auf das letztere besonderes Wert und fordern bekanntlich prinzipiell, daß Stadtvorordnete und Stadträte nicht Lieferanten der Stadt sein dürfen.

Eisenbahndauten.

Für den viergleisigen Ausbau der Chemnitzlinie zwischen Dresden und Postchappel sind in den außerordentlichen Etat als dritte Rate 2750000 M. eingestellt.

Die Wirtschaftlichkeit der Anlage in Frage gestellt werden würde. Die mit den Beteiligten geführten Verhandlungen haben bis jetzt nur teilweise zu einem befriedigenden Ergebnis geführt.

Das Dresdner Gewerkschaftsstatistik hat am Donnerstag den 30. Oktober 1913 eine Fählung der Arbeitslosen vorgenommen.

Table with 4 columns: Gewerkschaft, Befragte Mitglieder, Davon waren arbeitslos, In Proz. Lists various professions like Bauarbeiter, Arbeiter, etc.

Unter 78480 Mitgliedern, von denen 8502 (10,85 Proz.) arbeitslos waren, und 13930 weibliche Mitglieder mit 1724 (12,33 Proz.) Arbeitslosen; Kranke und Invaliden sind nicht mitgezählt.

Der Veteran im Schweinefall.

Ein ungläubliches Vorkommnis hat sich dieser Tage in Cunnersdorf bei Ottendorf-Okrilla zugetragen. Der Arbeiter Friedrich Traugott Lehmann, ein Veteran von 1870,

Hätten sich nicht die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher dieses Alters angenommen, so hätte vielleicht der Veteran, der 1870 für das herrliche Deutsche Reich, wie es in patriotischen Festreden heißt, in den Krieg gezogen war,

Sitzung der Stadtvorordneten heute Donnerstag, abends 7 Uhr. Tagesordnung: Wahl eines unbesoldeten Ratmitglieds an Stelle des verstorbenen Stadtrats Künzler.

Stadtvorordnetenwahlbezirke. Die heutige Nummer enthält die Einteilung der Stadt in Wahlbezirke mit Angabe der Wahllokale.

Vom Landesmuseum für Sächsische Volkskunst, Dresden-Kenstadt, Ackerstraße 1, sind jetzt photographische Aufnahmen von Veria Jillessen als Postkarten erschienen.

Feuerbekämpfung und Religion. Darüber wird in der letzten Nummer am Donnerstag den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Künstlerhauses, Albrechtstraße, ein öffentlicher Vortrag gehalten werden.

Selbstmorde. Erhängt hat sich am Mittwoch auf der Amalienstraße eine in den dreißiger Jahren stehende Hausfrau. Der Grund zur Tat dürfte in Krankheit zu suchen sein.

Einem Selbstmordversuch unternahm ein 17 Jahre alter, bei dem Schürmermeister Reuter auf der Rathlidenstraße 38 in Stellung befindliches Mädchen.

Vermisste Nachrichten. Flüchtling geworden ist der Unteroffizier Paul Köpfer von der 5. Kompanie des 177. Infanterie-Regiments nach Untererschlagung von 40 M. Postgeldern.

Aus der Umgebung.

Düßden. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, findet öffentliche Gemeindevorordnetenwahl im Gemeindeviertel statt.

Coschütz. Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, findet im Rathaus öffentliche Gemeindevorordnetenwahl statt.

Coschütz-Gütersee. Am nächsten Sonntagabend und Sonntag veranstaltet der bürgerliche Frauenverein zwei Theatervorstellungen. Unter den Bekanntmachungen an den Plakataleen prangt in großen Lettern der Satz: „Der Wehrtrug ist zur Unterstützung hilfbedürftiger Armer bestimmt.“



# Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

## Gewerkschaftliche Verfassungsfragen.

Über dieses hochaktuelle Thema sprach vor kurzem Genosse Reichstagsabgeordneter Eduard Bernheim in Stuttgart in dem dort gegründeten graphischen Kartell. Die Ausführungen sind allgemein interessant und wir entnehmen deshalb der letzten Nummer des Korrespondenzblattes folgenden Bericht.

Nachdem der Redner den Begriff Verfassung definiert hatte, führte er aus: In der Geschichte treten uns die Gewerkschaften zuerst in England im 18. Jahrhundert entgegen als örtliche Verbände, als lokale Vereine von Angehörigen eines bestimmten Berufes, später finden wir gleichartige Verbindungen unter verschiedenen Namen auch in Frankreich und noch etwas später bei uns in Deutschland als Lokal- oder Gewerksvereine. In den 70er Jahren nennen sich die örtlichen Organisationen vielfach Streikvereine, später Fachvereine. Sie existieren in ihrer ersten Zeit in ziemlich loser Form, vielfach stellen sie sich einfach als reine Widerstandskräfte oder als Unterstützungskassen, allerdings nur mit geringen Mitteln, dar. Für ihre Zeit hatten diese lokalen Verbindungen gewisse Vorteile: Selbsttätigkeit, Freiheit der Initiative, nach Genuß des Augenblicks Streiks anzugehen, und die Vermeidung bürokratischer Einrichtungen. Alle Entscheidungen des Vereins mußten in der Versammlung getroffen werden. So scheint diese Organisationsform die vollste Demokratie darzustellen, aber mit der Fortentwicklung und Ausdehnung erwies sie sich als unzulänglich. Der Lokalverein hat nur wirkliches Leben in größeren Orten, die kleinen Orte, wo die Bewegung fehlt, bleiben die ewige Quelle von Streitigkeiten. Eine Erziehung ist auf dieser Stufe in großen Orten nur schwer, in kleinen überhaupt nicht möglich. Es ist sehr schwer, eine einheitliche Aktion über das ganze Land ins Leben zu setzen. Da diese stetige Verbindung fehlt, treten leicht Meinungen ein. Die Mittel zum Kampf sind gering und die erzielten Erfolge darum außerordentlich ungewöhnlich. Der Lokalverein bleibt von der Konjunktur und Konstitution ebenso abhängig wie der einzelne Arbeiter.

Deshalb tritt auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung die Tendenz ein, die Verbindung über die Grenzen des Lokalvereins hinaus etwas fester zu gestalten. In England hat man zunächst gegenseitige Verträge abgeschlossen, besonders zur Regelung von Streitigkeiten. So entstanden die Federations, die sich auf Provinzen, dann auf nationale Grundzüge, die Federation ist ein Bund von Lokalvereinen, die sich eine Zentralorganisation geben, der sie bestimmte Aufgaben übertragen, bei der aber zuletzt doch der Lokalverein souverän ist. Diese Organisationsform hat gegenüber dem Lokalverein immerhin mancherlei Vorteile. Es können größere Mittel aufgebracht werden, eine rasche Intervention ist möglich, die Aktionen können auf breiterer Grundlage durchgeführt, die kleineren Orte besser in die Bewegung hineingezogen werden, daneben ist ein besseres Unterstützungsnetz möglich. Aber es sind auch große Mängel zu verzeichnen. Die Federation wird auf die Dauer mit dem Wachstum der Organisationen ein außerordentlich schwerfälliger Organismus. Die örtlichen Interessen treten auch hier noch leicht in Gegensatz zum Interesse der Allgemeinheit, der Zentralinstanz sind die Hände gebunden und stehen gewöhnlich nur geringe Geldmittel zur Verfügung, wodurch eine großzügige Politik außerordentlich erschwert wird. Das Erhalten bleiben der englischen Gewerkschaften in Zahl und Leistung erklärt sich aus den Eigenschaften der Föderationsverfassung. Man glaubte den bürokratischen Geist zu bändigen und hat ihm im Gegenteil Tür und Tor geöffnet.

Die modernen Formen des Wirtschaftslebens, insbesondere die erziehende Organisation des Unternehmens und die Erweiterung der Unternehmenseinrichtungen, haben eine andere Form der Gewerkschaftsorganisation notwendig gemacht: den Zentralverband. Verfassungsmäßig genommen, ist die Gewerkschaft als Zentralverband der Einzelkörper, die Gesamtheit als Einheit betrachtet, die sich durch ihre Statuten eine Verfassung gibt, die den einzelnen Gliedern der Verwaltung ihre Aufgaben zuweist. Die Zentralverbände sind in Bezirke oder Gauen und Ortsvereine gegliedert, denen in den Statuten Rechte eingeräumt und gewisse bestimmte abgegrenzte Entscheidungen vorbehalten sind. Aber das Schwergewicht liegt in der Gesamtorganisation; alle wichtigen Fragen unterliegen ausschließlich ihrer Beschlußfassung und Entscheidung. Die Vorteile dieser Organisationsform sind leicht einzusehen. In ihr ist die größtmögliche Einheitlichkeit der Funktionen gegeben. Es können größere Mittel aufgebracht und die Aktionen auf breiterer Grundlage durchgeführt werden, weil eingehende Information der Zentrale möglich ist. Natürlich hat aber auch diese Organisationsform ihre Gefahren. Die Verwaltung macht eine ständige Beamtenbesetzung notwendig, die ja schon von der Föderation nicht ganz entbehrlich werden kann. Man hat sich lange genug dagegen geirrt, aber schließlich war die Erhebung der Gewerkschaft zum Lebensamt zur Unumgehrlichkeit geworden. Jede ständige Beamtenbesetzung trägt die Gefahr in sich, daß sich ein bürokratischer Geist einschleicht, der die Initiative lähmt. Daher wäre ein absoluter Zentralismus oder ein zentralistischer Absolutismus eine sehr bedenkliche Verfassung für die Gewerkschaften. Absolut harte System nach einer Formel ist unmöglich von Vorteil. Man kann die Frage aufwerfen und hat sie aufgeworfen: Ist es noch demokratisch, wenn den Zentralinstanzen so viele Macht in die Hand gegeben wird, wie es in den Zentralverbänden der Fall ist? Da müssen wir uns über den Begriff Demokratie klar werden. Demokratie bedeutet Selbstregierung. Aber die Demokratie ist eben keine so einfache Sache bei großen Organisationen. Sie kann nur Wahrheit werden, wenn sie den Zwecken des Gemeinwerts angepaßt ist. Eine gewisse Übertragung von Funktionen findet ja schon bei den einfachsten Organisationsformen statt. Die Selbstregierung aller Elemente wäre ein Chaos, das selbst die Anarchisten nicht wollen. Die Übertragung einzelner Funktionen ist also eine Notwendigkeit. Wir haben drei Formen von Vollmachten: 1. die Irrevokabilität, es stimmen zwar alle ab, aber die Mehrheit entscheidet; 2. das gebundene Mandat, wo der Delegierte nur der Mandatgeber seiner Vertreter ist, der nach eigener Überzeugung abstimmen darf. Bei der Irrevokabilität und dem gebundenen Mandat, die auf verschiedene Arten erfolgen kann, scheint die reinste Demokratie zum Ausdruck zu kommen. Nun fehlt aber die Sache so, daß in großen Organisationen schon aus technischen Gründen die Abstimmung in der Generalversammlung nicht allen Mitgliedern möglich ist. Es kann also nur in einzelnen Gruppen oder Abteilungen abgestimmt werden. Die Abstimmung in Gruppen hat aber den großen Nachteil, daß nicht alle Gruppen gleichmäßig informiert sind, daß Gefühlsreaktionen und örtliche Einflüsse dabei eine größere Rolle spielen, als sie sollten, so daß das allgemeine Interesse zurücktritt oder doch nicht richtig zum Ausdruck kommen kann; oft wird eine Entscheidung getroffen, ohne daß eine genügende Debatte vorausgegangen ist. Deshalb ist die Gruppenabstimmung überall da, wo über folgen schwere Fragen abgestimmt wird, unangebracht. Die Abstimmung mittels versetzter Stimmabgabe, die gar nicht an den Entscheidungen teilgenommen haben — sehr wichtige und verhängnisvolle Entscheidungen fallen unter Umständen durch eine anonyme, eine indifferente Masse. Will man vor oder in einem Kampf schädliche Beschlüsse vermeiden, so muß man die Abstimmenden genau über die in Betracht kommenden Momente unterrichten, und das hieße bei diesen Abstimmungen die Karten vor aller Welt aufdecken. Dadurch würde in den meisten Fällen die eigene Position ungeheuer gefährdet und die des Gegners gestärkt. Die Irrevokabilität ist also bei Kampforganisationen, wie die Gewerkschaften sie darstellen, außerordentlich bedenklich, sie kann nur da angewendet werden, wo es sich um ganz klare Fragen handelt, bei denen der Zufall keine Gefahren bringen kann. Das zeigt, daß die übertriebene Demokratie nicht ideal ist.

## Inland.

**Im Saarbrücker Knappheitsbereich**  
wurde in der Generalversammlung am Sonnabend ein neues Statut beschlossen, das den Arbeitern einige kleine Verbesserungen bringt, aber auch zu einem großen Teile der Mitglieder das Krankengeld bis zu 50 Pf. pro Tag verbleibt. Die Mehrheit der Wähler gehört dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter an.

**Welche Beamtenorganisation.**  
In dem Augenblick, wo die Beamtenbewegung anfängt, der Regierung und ihren Kammerleuten unangenehm zu werden, erscheinen die Deutschnationalen Parteien auf dem Plan, um auch die Beamten durch Gründung gelber Organisationen zu halten. Bisher besteht erst eine — der Reichsverband der Postler —, deren Anschlag an die Koalition der unabhängigen Beamtenvereine von dieser natürlich abgelehnt wurde.

**Arbeiterentlassungen im Ruhrgebiet.**  
Auf Juche Werks sind 20 Mann, auf Juche Graf West 80, auf Juche Jollern 15, auf Juche Engelsburg 23 Mann zum 1. Dezember wegen Mangels an Aufschlag gekündigt worden.

**Eine abgewiesene Reklamation.**  
Vor circa Jahresfrist brachen in der Provinz Wehr in Sachsen (Sachsen-Weinungen) Differenzen dadurch aus, daß Herr Wehr durch fortgesetzte Kündigungen nach und nach alle in seinem Betriebe beschäftigten Brauereiarbeiter entsetzte. Daraus verhängte der 6. Bezirk des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter den Boykott über die Erzeugnisse der Wehrschen Brauerei. Wehr fühlte sich durch die in der Parteipresse erschienenen Boykottinhalte geschädigt, ließ zum Kabi und hatte auch die Genehmigung, daß das Landgericht Rudolstadt eine Strafe von 600 M. für jede weitere Boykottandrohung festsetzte. Auf eingeleitete Revision hat nunmehr das Oberlandesgericht in Jena diese Verfügung aufgehoben und die Klage des Brauereibesizers Wehr kostenpflichtig zurückgewiesen. Herr Wehr war sich seines „Erfolges“ so sicher, daß er seinen Prozeß gewinnlos verlor, daß er unter Hinweis darauf alle Vermittlungsversuche ablehnte.

**Lohnbewegungen.**  
Eine von über 5000 Brauereiarbeitern besuchte Versammlung, die am Sonntag in Berlin im großen Saale der Neuen Welt tagte, beschloß einstimmig die Kündigung des Ende März nächsten Jahres ablaufenden Tarifs und stellte ihre Forderungen auf:

Differenzen sind in der Schmelzfabrik Paul Painga in Straußberg ausgebrochen. Genannte Firma hat etwa einem Drittel ihrer beschäftigten Arbeiter erhebliche Lohnreduzierungen angeordnet, die am 1. Dezember in Kraft treten sollen, und die für die einzelnen davon betroffenen Arbeiter einen wöchentlichen Lohnverlust von 2 bis 7 M. ausmachen. Die Arbeiter verlangten die Zurücknahme der Lohnkürzungen. Da der Unternehmer sich dessen widersetzt, haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung eingereicht. Die Firma ist bis auf weiteres streng zu meiden.

Nach den Versicherungen der Geschäftsstelle des Unternehmerverbandes im Kaisergerde in Rheinland-Pfalz ist keine neue Ausprägung der Gehliten in Aussicht genommen.

**Lokalisches Kampfmittel.**  
Vor dem Solinger Schöffengericht stand ein Verleumdungsprozeß zur Verhandlung, der auch anderwärts mit Interesse gesehen werden wird.

Gleich nach Beginn des Metallarbeiterkampfes, also zu der Zeit, als zwischen den Metallarbeitern und den Leitungen der Zentralverbände Differenzen eingetreten waren, schrieb der Sekretär des lokalisches Industriearbeiter-Verbandes, Eduard, an drei frühere Bekannte in Hamburg einen vertraulichen Brief, in dem er sein Mißfallen über die Leitung des Metallarbeiterverbandes in der Metallarbeiter-Bewegung aus sprach und die Partei- und Gewerkschaftspreise beklagte. Ihren Lesern kein klares Bild von der Bewegung gegeben zu haben; er wünschte dann die Adresse eines der Führer der Ausständigen, auf den er sich verlassen könne. Einer dieser Briefempfänger, ein Schiffstischler aus Wilhelmshafen, wandte sich, anstatt die Adresse zu überreichen, an seine Organisation, die dann zur Kennzeichnung des Briefschreibers, der neben dem lokalisches Industriearbeiterverband auch noch dem zentralistischen Bauarbeiterverband als Mitglied angehört, den Brief der Hamburger und Solinger Parteipresse zur Verfügung stellte. Mit dem Brief drückte die Parteipresse die Lokalisisten, dem Wochenblatt der Solinger Lokalisisten, einen Schmähartikel gegen Partei und Gewerkschaften, aus dem wir zur Kennzeichnung nur den einen Satz herbeiziehen wollen:

„Der Jubilar Metallarbeiterverband läßt durch seine Diene, die sozialdemokratische Presse, die handgreifliche Lüge verbreiten, der Streik sei dadurch verloren gegangen, daß ein Volksführer, den man noch nicht gefunden habe, aber noch finden werde, auf den Werften das Gerücht verbreitet habe, von Stuttgart sei der Befehl zur Arbeitsniederlegung gekommen.“

Wegen dieser Anwürfe erhob der Genosse Christmann, der Verantwortliche der Arbeiterstimme, Widerspruch mit dem Erfolg, daß Eduard zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde. In der Beurteilung des Volksbundes stellte sich das Gericht in der Sache auf unseren Standpunkt, indem es in der Urteilsbegründung erklärte, die Presse wäre straflos geblieben, selbst wenn sie die Handlungswelt Eduards als Verleumdung bezeichnet hätte. In einigen Eduard persönlich kennzeichnenden Redewendungen fand das Gericht jedoch eine formale Verleumdung und verurteilte Christmann zu 50 M. Geldstrafe. Gegen verschiedene Führer der Solinger Lokalisisten, die Mitglied der Partei sind, darunter auch gegen Eduard, ist seit Wochen ein Ausständigenverfahren im Gange. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Solingen wird am 7. Dezember darüber beschließen.

**Die Ehre der Arbeitswilligen-Kantaten**  
wird ebenso hoch eingeschätzt, wie die der Streikbrecher in Deutschland. Gelegenlich des Hafenarbeiterstreiks in Emden hatte der bekannte Streikbrecher-Agent Herberg einen unglücklich frechen Brief an das Streikkomitee geschickt. Dieser Brief und der Streikbrecher wurden im Transporthilfs-Gewerkschaftsorgan Konzert gebührend unter die Lupe genommen, worauf der also Gelegenheitsstreik wurde deshalb vom Amtsgericht zu Blankenese wegen Verleumdung des Agenten zu 600 M. Geldstrafe verurteilt. Ein Beweisantrag, besonders über die nicht wenigen Vorlesungen des Herberg, wurde nicht zugelassen.

Streikbrecher und deren Vermittler werden als „verlorenne Elemente“ besonders geschätzt. Die Wahrheit über sie darf nicht gesagt werden!

## Ausland.

**Rußland in Petersburg.**  
Petersburg, 19. November. Anlässlich des Prozesses gegen die Arbeiter der Vulkan-Werke sind heute in der Hauptstadt über 88 000 Arbeiter in den Ausstand getreten. 13 Arbeiter wurden verhaftet.

**Gesamtstreik der Bergarbeiter in Bess.**  
Wie aus Bess gemeldet wird, hat der Ausschuss der Bergarbeiter-syndikate beschlossen, die Bergleute in einem Aufruf zum Gesamt-ausstand aufzufordern, um dadurch gegen den Beschluß des Senats zur Zulassung von Überstunden zu protestieren.

## Rus aller Welt.

**Direktionswandel an Arbeitslosen.**  
Ein unerhörtes Betrugsmahnen, durch das in raffinierter Weise eine sehr große Zahl von Arbeitslosen, Männer und

Frauen, geschädigt werden sollte, ist in Berlin von einem Schwindler verübt worden. Er sprach in den verschiedenen Abteilungen des Zentralarbeitsnachweises vor, um, wie er angab, 1000 Männer und Frauen für eine neue Gründung in der Textilfabrik in Reichenbach in der Oberlausitz anzuwerben. Nachdem er in den Vormittagsstunden, in denen die Arbeitsnachweise für männliche Arbeitnehmer geöffnet sind, eine genügende Zahl Textilarbeiter gefunden hatte, erschien er nachmittags wieder in dem Bureau des Arbeitsnachweises in der Mannstrasse, um sich ein größeres Rädchenpersonal zusammenstellen zu lassen, das aus 5 Mädchen, 16 Hausmädchen und etwa 10 Rädchenmädchen bestehen sollte. Über die Abfahrtsliste wurde zunächst nichts Näheres bestimmt, da der Schwindler erst im Ministerium für öffentliche Arbeiten vorprechen wollte, um dort die Genehmigung des Ministeriums zu erlangen. Er sprach auch tatsächlich im Arbeits-nachweisministerium vor, wo er sich dem Referenten melden ließ, um eine Anweisung für Sonderzüge zu erlangen. Als man ihm dort mitteilte, daß man seinem Wunsch nicht entsprechen könne, da für solche Sonderzüge keine Mittel vorhanden seien, erbat er sich die Genehmigung der Polizeidirektion in Reichenbach, sich der er mitteilte, daß am nächsten Tage zwei Sonderzüge mit ca. 1000 Arbeitern eintreffen würden. Vom Ministerium kehrte er ca. 1000 bezügliche Bewilligung zurück, wo er die Mitteilung machte, daß die Sonderzüge am nächsten Tage auf dem Görlitzer Bahnhof eingetroffen befürdet werden würden. Er bestimmte, daß sich die Arbeit-hilfen, wo sie um 3 Uhr 20 Minuten nachmittags nach Reichenbach auf dem Arbeitsnachweis, um sich zu vergewissern, daß alle notwendigen Anordnungen getroffen worden sind. Inzwischen waren der geforderten Arbeiterkräfte Bedenken aufgetreten, und man setzte sich telephonisch mit dem Bürgermeisteramt in Reichenbach in Verbindung, um festzustellen, ob genügende Unterkunft für die tausende Personen in Reichenbach vorhanden sei. Durch diese telephonische Anfrage stellte sich heraus, daß von der ganzen Angelegenheit nichts bekannt sei und daß dort eine neugegründete Textilfabrik nicht existiere. Als die Beamten des Arbeitsnachweises sich wieder an den Schwindler, der sich als Direktor Bartung aus Reichenbach in Schlesien ausgeben hatte, wenden wollten, war er verschwunden, da er als vermeintlich Verdacht geschöpft hatte. Die Kriminalpolizei wurde sofort verständigt vom feinen des Ministeriums, dem Bedenken anderer Art gekommen waren, da sich der Fremde dort so selbständig benahm, daß die Vermutung nahe liegt, daß man es mit einem Geistesgekränkten zu tun hat.

**Bankrott in Livorno.**  
Mailand, 19. November. Die Banca Popolare von Livorno mit Filialen in Triest und Portoferraio stellte die Zahlungen ein. Wie bei den vorhergegangenen Zusammenbrüchen italienischer Großbanken dürften auch hier Millionen an Deposits verloren werden.

**Die letzten Sturmschäden auf den nordamerikanischen Seen.**  
Newport, 19. November. Der Wizzard auf den nordamerikanischen Seen hat nach den bisherigen Feststellungen 13 Schiffe zerstört. Im ganzen sind 256 Personen ums Leben gekommen.

**Bereitschaften für Donnerstag.**  
Arbeiter-Steinmetzenverband. Abends 8 1/2 Uhr Neuhofsaal im Restaurant Kämpfe, Bernerstraße 88.

**Bereitschaften für Freitag.**  
Bauarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr Bauhilfsarbeiter-Verammlung in der Zentralhalle, Fichtestraße 10.  
Metallarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr Kineamat. Vorstellung im Kristallpalast, Schillerstraße.

## Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Nähere Bezeichnung	Preise für 1/2 kg		
	15. Nov. 1913	Ende Oktober 1913	Ende Oktober 1912
<b>Rindfleisch</b>			
Brust . . . . .	75-120	75-120	80-120
Gauch . . . . .	75-100	75-100	75-100
Bratenfleisch, Keule . . . . .	95-140	95-140	100-140
Schopf . . . . .	100-200	100-200	100-200
Keule, unangehäut . . . . .	100-140	100-140	100-140
Keule, ausgehäut . . . . .	130-250	130-250	130-250
<b>Kalb- und Schweinefleisch</b>			
Schmitzfleisch . . . . .	140-250	140-250	130-250
Keule . . . . .	90-140	90-140	100-140
Restfleisch . . . . .	90-120	90-120	80-120
<b>Sammelfleisch</b>			
Keule . . . . .	100-140	100-140	100-140
Rohfleisch . . . . .	100-150	100-150	100-150
Rohfleisch . . . . .	90-120	90-120	75-120
<b>Schweinefleisch</b>			
Keule . . . . .	90-120	90-120	85-120
Karrree . . . . .	100-140	100-140	100-140
Pauch . . . . .	75-100	75-90	80-100
Knöchel . . . . .	30-80	30-80	30-80
Rauchfleisch . . . . .	80-140	80-140	80-140
Schinken, im ganzen Stück . . . . .	100-130	100-130	100-130
Schinken, im Aufschnitt . . . . .	140-250	140-250	140-240
Speck, geräuchert . . . . .	90-120	90-120	90-120
Speck, roh . . . . .	75-100	75-100	80-100
Schweinehälften . . . . .	90-120	90-120	100-120
Hinterhälften . . . . .	80-80	80-80	80-80
Blutwurst . . . . .	60-140	60-140	60-140
Leberwurst . . . . .	85-140	85-140	85-140
Zerdelawurst . . . . .	120-240	120-240	130-240

Anmerkung. Es verstehen sich: der niedrigste Preis für Fleisch mit Julage, der höchste Preis für Fleisch ohne Julage.



Durch nasse Schuhe bekam er Geicht.  
Putz mit Frost, dann gibts das nicht

Der Schinder von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen auf 1000 Seiten  
Super von 25 ABC-Unternehmen von der Fabrik-Druckerei

# Handel und Industrie.

## Krupp-Bilanz.

Die Bilanznahme der Krupp-Direktoren durch den Vorstand hat die Bilanzarbeiten der Krupp-Gesellschaft nicht wesentlich beeinflusst, die Abschlussziffern sind im Gegenteil diesmal früher festgestellt worden als in den Vorjahren. Im Jahre des Berichtes kann Krupp über Gewinnsteigerungen berichten, deren Umfang selbst die schon so bedeutende Dividendenabnahme der anderen großen Kruppwerke in den Schatten stellt.

Bei der Gesellschaft beträgt nach ihren Mitteilungen der Reingewinn für das Geschäftsjahr 1912/13 36,6 Millionen Mark, wozu noch der Vortrag aus dem Vorjahre von 6,5 Millionen Mark hinzutritt (im Vorjahre 23,5 Millionen Mark und 22 Millionen Mark). Das günstige Ergebnis will man vor allem darauf zurückführen, daß das Kuttentwerk Friedrichshagen die Leistungsfähigkeit von nahezu einer Million Tonnenn Stahl pro Jahr die Hochkonjunktur mit der besten Leistung auszunutzen imstande war. Die Produktion der Firma betrug die Stahlproduktion im letzten Geschäftsjahr insgesamt über anderthalb Millionen Tonnen. Die Zahl der Beamten und Arbeiter ist auf nahezu 80000 gestiegen. Es wurde beschlossen, außer der Dotierung der gesetzlichen Reserve einen Betrag von 2 Millionen Mark zur Sonderrücklage (im Vorjahre 2 Millionen Mark) zu überweisen und die Dividende auf 12 Prozent im Vorjahre festzusetzen. Ferner wurden den Pensions- und Unterstützungsstellen 2 Millionen Mark, dem Arbeiterurlaubsfonds 2 Millionen Mark überwiehen und für Weihnachtsgeldern an Beamte und Arbeiter 3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt (im Vorjahre 2 Millionen Mark). Die Pensionsstellen zusammen 2 Millionen Mark).

Über die Höhe der Abschreibungen hat die Krupp-Gesellschaft noch keine Angaben gemacht, nach ihren Angaben Bilanzierungsgepflogenheiten werden auch die Abschreibungen und andere Rückstellungen stark gesteigert worden sein. In den beiden Vorjahren stellten sich die Abschreibungen auf 19,5 Millionen und 18,52 Millionen Mark, wozu noch die beträchtlichen „Milien“ Reserven kommen. Es betragen die Abschreibungen und Dividende bei einem Aktienkapital von 180 Millionen Mark:

Jahr	Reingewinn	Dividende
1905/06	20 738 095 M.	10 Prozent
1906/07	24 844 266	10
1907/08	18 488 170	8
1908/09	15 607 624	8
1909/10	21 265 307	8
1910/11	28 712 264	10
1911/12	29 528 881	12
1912/13	36 600 000	14

Einschließlich des Gewinnvortrages stellt sich der gesamte Reingewinn für 1912/13 auf 43,10 Millionen Mark gegen 33,76 Millionen Mark im Vorjahre, die Dividende erfordert mit 14 Prozent diesmal 5,50 Millionen gegen 21,60 Millionen Mark mit 12 Prozent im Vorjahre. Zu diesen Gewinnen und ihren Steigerungen haben jene Krupp-Betriebe, die, wie Herr Göttsche und die unbedeutend gebliebenen Direktoren im Krupp-Werk versicherten, nur dem Wohle des Vaterlandes dienen, zweifellos sehr ansehnlich beigetragen. Schon beginnt die Krupp-Presse die hohen Zuwendungen an die Wohlfahrtsfonds zu feiern, jene Wohlfahrtsfonds, die für den größten Teil der Arbeiterschaft mehr Anhebung und Pflege als Wohlfahrt bedeuten. In richtiger Befehrung wurde sich der Herr der Kruppischen Wohlfahrtszuwendungen nicht zeigen, wenn die Lohnverhältnisse der Arbeiter während der letzten Konjunkturperiode einwandfrei zur Darstellung kämen, mit Hilfe der „Gelben“ ist erreicht worden, daß die Lohnentwicklung von der selbsthaften Rentabilitätssteigerung der Kruppwerke nichts erkennen läßt.

## Karische Kruppwerke.

In den unentwerflichsten Krupporganen gehört die agrarische Deutsche Tageszeitung, die sich von der Verherrlichung der Kruppwirtschaft zeitweise nur noch durch ihre Einkünfte für die große Zerspannung ablenken läßt. Jetzt unternimmt sie nach

Kruppangaben eine „Aufklärung“ über die Kruppischen Panzerplattenpreise, wobei sie gegenüber anderen Angaben erklärt, daß der Unterschied im Preise der deutschen Panzerplatten vor dem Jahre 1901 und der in Amerika hergestellten Platten nicht 800 M., sondern nur 300 bis 400 M. pro Tonne betrug. Für bescheidene Ansprüche reicht, wie wir der Deutschen Tageszeitung sagen können, die Preisdifferenz von 300 bis 400 M. für die Tonne völlig aus, schließlich ist ein patriotischer Zoll auf Kosten der Reichskasse zugunsten Krupps in Höhe von 300 bis 400 M. für die Tonne wohl auch für Großgratier respektabel, die an offene und geheime Subventionen gewöhnt sind. Mit Heiterkeit wird die weitere Feststellung des agrarischen Krupporgans aufgenommen werden, daß die große Preiserhöhung im Jahre 1901 durch Krupp dem Reichsmarineamt „freiwillig“ vor dem Eingreifen des Reichstages offeriert worden sei. Auch ohne besonderen Scharfsinn ist dieser freiwillige Charakter der Preiserhöhung zu erkennen, die Kruppleute hatten Witterung von der Aktion des Reichstages erhalten. Wenn weiter behauptet wird, daß „bis heute feinerlei Panzerplatten betragt, wie sie die deutsche Marine bezieht, an irgend einen ausländischen Staat billiger als an die deutsche Marine geliefert worden sind“, so wird man zur Würdigung dieser Behauptung an unsere Mitteilungen über die Existenz des internationalen Panzerplattenkartells erinnern müssen.

Von der Freiheit der Arbeit des Unternehmertums. Ein Verband deutscher Schirmfabrikanten ist in Hannover errichtet worden, und zwar handelt es sich um eine Preisvereinbarung, der 87 Fabrikanten angehören. Die neue Konvention hat nach dem Berliner Tageblatt ihre Wurzeln in einer recht nachdrücklichen Mahnung begonnen: sie hat nämlich den Schirmfabrikanten, ihren Abnehmern, mitgeteilt, daß vom 17. November an ein Preiszuschlag von 25 Prozent des Fakturabetrages von den der Vereinigung angehörenden Firmen erhoben wird. Aus einem Zufall an dieser Preisfestsetzung geht allerdings hervor, daß es den Schirmfabrikanten nicht so sehr auf die volle Höhe dieses Preiszuschlages ankommt, als vielmehr wesentlich darauf, die Abnehmer an sich zu fesseln. Die Konvention gewährt nämlich den Abnehmern einen Nachlaß von 20 Prozent auf den Preiszuschlag unter der Bedingung, daß sie ihre sämtlichen Artikel in Schirm- und Futterstoffsen seit dem 17. November 1913 ausschließlich von den unterzeichneten Firmen eingekauft haben und für die nächsten zwölf Monate ihre Abrechnungsmonate mit eingeschlossen) einzulösen sich verpflichten, und unter der ferneren Bedingung, daß die eingekaufte Ware nur im eigenen Betriebe zur Schirmfabrikation und für eigenen Absatz verarbeitet wird, sowie, daß die einzelnen Abnehmer nur für ihren eigenen Bedarf und nicht auch für andere (gemeinsamer Einkauf) Schirm- und Futterstoffe einkaufen.“ Fast alle Tage erhebt eine andere Branche in der Handelspreise Klagen über den Terror der Kartelle. Dabei sind die Mittel zur Durchsetzung der Diktatur bei den meisten Kartellen noch viel schärfer als die des jungen Kartells der Schirmstofffabrikanten. Aber der Hansabund steht der Vergewaltigung großer Unternehmertreue durch die Syndikate mit Gelassenheit zu, er verlangt dafür im Namen der Freiheit der Arbeit Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter.

Kartellhilfe der Banken. Nachdem alle Versuche zu einer Erneuerung des rheinisch-westfälischen Zementkartells erfolglos geblieben sind, greifen nun die Banken ein. Die an der rheinisch-westfälischen und der jüdischen Zementindustrie interessierten Banken kommen demnach zu einer Konferenz zusammen, um zu der Frage der Syndikalisation Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich werden sie den Zementfabrikanten, die gegen einen weiteren Kartellanschluß sind, durch Androhung von Kreditentziehungen und durch Anknüpfung von Generalversammlungsbeschlüssen auf Grund von Aktienmajoritäten, die sich die Banken bekanntlich leicht beschaffen können, eine Sinnesänderung nahelegen.

Steigerung der Einnahmen deutscher Eisenbahnen. Im Oktober stellen sich die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen (mit Ausnahme der bayrischen) aus dem Güterverkehr auf 109 046 100 M., gegen 188 738 119 M. im vorjährigen Oktober und 180 494 240 M. im September dieses Jahres. Die Einnahme aus dem Personenverkehr weist mit 75,99 Millionen Mark gegen den Vormonat einen Ginnehmerückgang von rund 10 Millionen Mark auf, gegenüber dem Oktober des Vorjahres ist jedoch eine Steigerung von 4 Millionen Mark zu verzeichnen.

Einstellung der Dividendenzahlung bei Gef. Statt der vorgeschlagenen Dividende von 3 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahre wird nach dem Beschluß der Generalversammlung bei der Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gef. von einer Dividendenabhebung ganz Abstand genommen. Ueber die Verluste in Frankreich teilte die Verwaltung mit, daß im Jahre 1912/13 288 000 M. abgehoben wurden, schon früher erfolgten Rückstellungen, der Gesamtverlust stellt sich dabei auf etwa 600 000 M. Verluste auf Montage und Rücklässe bei Bauten erforderten 450 000 M. Die Mehrausgaben für Löhne sollen nach Angabe der Verwaltung 100 000 M. betragen haben.

Erhöhung der Bahmeyer-Dividende. Die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. W. Bahmeyer u. Co. in Frankfurt am Main, die zum Konzern der A. E. G. gehört, und die Vermehrung ihres Grundkapitals von 25 auf 30 Millionen Mark in diesen Tagen ankündigte, erhöhte ihre Dividende von 5 auf 6 Proz.

## Parteilangelegenheiten.

### Polizeischiffen gib's nicht!

Die Verlesung des Hauptmannschen Jahrhundert-Zeitbiefel im Dresdener Gewerkschaftshaus war feinerzeit als politische Versammlung angemeldet worden und die Polizei hatte auch zwei Beamte entsandt, die der Rezitation von Anfang bis Ende beobachteten. Nachträglich fiel ihr aber ein, daß sie den Verantwortlichen doch noch eins am Zeuge stücken konnte. Auf eine Oberpräsidenten-Vorordnung hütet sie das Verlangen, daß die Veranstaltung als „Zellantontischer Vortrag“ hätte angezeigt werden müssen, und da das nicht geschehen ist, sendet sie zwei Genossen ein Strafmandat von je 15 M. Da die Polizei eine Anmehlung in der Hand hatte, da sie feruac genau wußte, was zum Vortrag kam und die Versammlung auch überwachte, wird das Gericht über ihre Strafbefehle entscheiden.

Aus Versehen hatte die Expedition der Volkszeitung als Beilage ein altes Zeitungsnummer geschickt, aber auf telephonischen Anruf sofort umgetauscht. Das kleine Versehen, das auch der polizeiliche Abnahmebeamte nicht bemerkte, war jedoch zu einem Strafbeschl von 3 M. Das Schöffengericht konnte beim besten Willen kein strafbares Vergehen in dem Irrtum entdecken und sprach den Schwerverbrecher frei. Aber Polizeischiffen gib's nicht!

### Kommunalwahlen.

Bei der Stadterordnetenwahl in Hiesburg (S.) siegte unsere Liste mit etwa 1000 Stimmen Mehrheit über die der Gegner. Es handelte sich um die Wahl eines Anstaltigen und eines Unanständigen.

Die Wahlen in den Gemeinden des oberen Kreises Solingen haben keine Veränderung der Parteien gebracht. Besonders scharf war der Kampf in der Gemeinde Hühlscheid, wo die vereinigten bürgerlichen Interessengruppen über die geschlossenen unferen Genossen gegenüberstanden, mit dem ausgeprägten Zweck, die sozialdemokratische Mehrheit zu beschleunigen. Trotzdem wurden die sozialdemokratischen Kandidaten in der dritten Abteilung fast einstimmig und in der zweiten Abteilung mit größerer Mehrheit wie vor zwei Jahren wiedergewählt. In der zweiten Abteilung haben die Bürgerlichen noch ein Mandat im Besitz. In Wald wurden vor zwei Jahren zwei Mandate der zweiten Abteilung den vereinigten bürgerlichen Gruppen in einem Bezirk abgenommen, ein weiteres wäre in diesem Jahre erfolgt. In der Bürgermeisterei die bisherige Bezirkseinteilung auf und überdeckte der Arbeiterbezirk Ronpenberg dem inneren Stadtbereich an, wodurch eine sozialdemokratische Mehrheit für absehbare Zeit unmöglich gemacht wurde. Trotzdem brachten es unsere Genossen auf 100 Stimmen gegenüber 240 der vereinigten Gegner. In der dritten Abteilung erhöhte sich unsere Stimmenzahl von 940 auf 1032, während die der Christlich-Nationalen von 115 auf 55 zurückging. — In Ohligs wurden in der dritten Abteilung unsere Kandidaten ohne Gegenkandidaten gewählt. — In Leichlingen (ununter Kreis) gelang es uns nicht, den vereinigten Schwabachern die letzten zwei Mandate in der dritten Abteilung abzunehmen. Auch hier hat man durch eine neue Bezirkseinteilung und Verlegung der Wahllokale in einen abgelegenen Stadtbereich das elende Dreiklassenwahlrecht noch weiter verfestigt.

Ergebnisse der Kreiswahlen. 4. Kreis. Für die Reichstagswahl gingen folgende Beiträge ein: Bezirk Trarbach: Liste 171: —50, 172: —50, 173: 45,20, 174: 6,30, 175: 8,50, 176: 2,80, 177: 1,40, 178: 9,75, 179: 8,20, 180: 2,15, 181: 2,50, 182: 9,65, 183: 2,80, 184: 4,10, 185: 8,60, 187: 18,—, 188: 11,60, 189: 6,—, 190: 18,25, 192: 2,25, 193: 2,40, 194: 7,41, 195: 2,85, 196: 12,15, 197: —7,5, 198: —50, 199: 1,50, 200: 12,70. Bezirk 6. Liste 100: 2,30, 105: 3,20. Ortensdorf, Liste 421: 2,20. Bezirk 1. Liste 93: 6,90, 100: 2,85, 103: 1,40, 110: 5,35. Viechen, Liste 204: 2,90, 216: —30, 222: 2,40. Süßbrennerei, Liste 292: 8,95, 298: 1,80, 299: 7,20, 297: 14,15, 298: 20,15, 299: 1,80, 300: 8,—, 301: 1,—, 302: 2,70, 303: 1,00, 304: 2,50, 305: 3,85. Weibitz, Liste 566: 8,—, 570: 12,15, 565: 4,20. Bezirk 3. Liste 63: —50, 70: 6,—, 82: 6,60.

**Victoria-Salon**  
Komiker Haasel mit Ensemble; ferner Paulina u. Doley Company, kom. Radfahrer; soeurs Bekefy, Tänzerinnen; Elvira und Fred, Luft-Akt; Egos Backel-Spieler; Rob. Sanders Co., 10 Rosen-Komödianten; Georg Roselli, die sächsische Type; Kino. Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr (ermäßigte Preise) und 8 Uhr.  
**Theater-Tunnel** Ensemble „Schudi“. Anfang 1/2 8, Sonntags 1/2 5 Uhr.

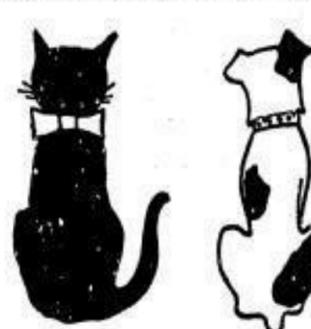
**Blutarme und Kranke**

**Santa Lucia** Vorzüglicher Fl. 1.50 Stärkungs-Rotwein u. 2.—

Nachahmungen bitte zurückzuweisen. Kraftlich in Apotheken, Drogerien und Delikatess-Geschäften.

**Central-Theater**  
Sonntag den 23. November  
2. und letztes Gastspiel  
des Deutschen Theaters in Berlin  
Direktion: Max Reinhardt  
Zum 1. Male:  
**Musik.**  
Sittungemilde in vier Bildern  
von Frank Wedekind. [A41]  
Vorverkauf  
täglich von 10 bis 2 Uhr an der Theaterkasse.

Van den Bergh's  
Cleversstolz  
Margarine  
feinster Ersatz für Butter



Meine Uhr geht nicht mehr! Wo soll ich sie hinbringen? Ja  
**H. Lorenz**  
jetzt Frauenstraße 1  
Ecke Schöffersgasse  
wo man alle Uhren gut und billig repariert. Preisangabe sofort.  
Neue Uhren billigst.  
Trauringe in grosser Auswahl

**Kluge Frauen**  
„Frauentee“, Wafel 75 Pf.  
Mutterspritzen, Spülkannen



Monats-Gürtel, Leib-Binden, Hüftformer, Brusthalter, wie alle  
**Frauen-Artikel.**  
**R. Freisleben**  
Postplatz. 34  
Man achte auf Firma.

Schänkefeld | noch neu  
Wuppertungen | a 4 M.  
zu verkaufen Oppstr. 19, 1. B.



10. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

11. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

12. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

13. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

14. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

15. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

16. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

17. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

18. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

19. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

20. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

21. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

22. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

23. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

24. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

25. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

26. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

27. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

28. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

29. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

30. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

11. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

12. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

13. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

14. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

15. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

16. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

17. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

18. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

19. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

20. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

21. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

22. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

23. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

24. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

25. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

26. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

27. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

28. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

29. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

30. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

20. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

21. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

22. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

23. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

24. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

25. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

26. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

27. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

28. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

29. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

30. Wahlbezirk. **Waldbergstraße, Geroltestraße, Eisenaustraße, ...**

Teleph. 14880 [A99] Linien 5 u. 7

**ymians halia heater!**

Görliitzer Str. 6

Sonntags 11 Uhr Fideles Frischschoppen m. Versteig. 15, 30 u. 65 Pf.

Nachm. 4 Uhr kl. Preise. Kind Hälfte! Donnerst. Damenklub!





